Antragstext:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die beruflichen Qualifikationen der anerkannten Asylbewerber in Zusammenarbeit mit geeigneten Ehrenamtlichen systematisch zu erfassen.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Politik muss unterstützend dafür Sorge tragen, dass anerkannte Asylbewerber, die dauerhaft in Hilden bleiben dürfen, möglichst schnell einen geeigneten Arbeitsplatz finden.

Grundlage dafür ist die systematische Erfassung der beruflichen Qualifikationen der Asylbewerber. Erst wenn diese bekannt sind, können potenzielle Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengebracht werden. Diesen Prozess so schnell wie möglich zu vollziehen, sollte unser aller Anspruch sein.

Die Menschen, deren Asylverfahren anerkannt wurde, haben bereits eine lange Zeit der Flucht hinter sich und haben daran anschließend oft mehrere Monate in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland verbracht, bevor sie Klarheit über ihren weiteren Lebensweg hatten. Deshalb ist es auch Aufgabe der Politik, sobald Klarheit für alle Beteiligten besteht, schnellstmöglich Asylbewerber in den lokalen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Auch die Stadt Düsseldorf erfasst aktuell mit 200 Ehrenamtlichen systematisch die beruflichen Qualifikationen aller anerkannten Asylbewerber (Vgl. Rheinische Post vom 1. Oktober 2015).

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Vermittlung in Arbeit und damit die Erfassung von beruflichen Qualifikationen ist die originäre Aufgabe der dafür zuständigen Behörden, Jobcenter und Agentur für Arbeit. Die Kommunen sind für die Unterbringung und die Betreuung von Flüchtlingen zuständig.

Für eine erfolgreiche Integration ist eine Ausbildung und eine Beschäftigung eine elementare Voraussetzung. Im Rahmen der bisherigen Betreuungsarbeit hat die Stadt Hilden in der Vergangenheit das Jobcenter und die Agentur für Arbeit unterstützt und bereits sehr erfolgreich dazu beigetragen, anerkannte Asylbewerber in Arbeit zu vermitteln und Wohnungen zu finden. Die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen des Amtes für Soziales und Integration haben die einzelnen Voraussetzungen für die jeweiligen Bleibeberechtigten ermittelt, um eine dauerhafte Beschäftigung zu finden, den Lebensunterhalt eigenständig zu erwirtschaften und damit langfristig die Chancen auf die Sicherung des Aufenthaltes zu erhöhen. Dazu gehört auch eine Ermittlung der jeweiligen Kenntnisse und Fähigkeiten, vor allem aber auch die Hilfe zur Erlangung von Sprachkursen.

Angesichts der nun stark steigenden Zahlen der Flüchtlinge mit Aussicht auf ein Bleiberecht ist eine Verstärkung, vor allem aber auch eine Optimierung der unterschiedlichen Anstrengungen unumgänglich.

Im September ist richtigerweise in Düsseldorf der bundesweit erste „Integrationspoint“ gestartet worden, der von der Agentur für Arbeit und vom Jobcenter eingerichtet wurde. Damit wird Flüchtlingen und Asylbewerbern eine Anlaufstelle angeboten. Die Agentur für Arbeit Düsseldorf hat dafür auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Fremdsprachenkenntnissen für die besondere Arbeit qualifiziert. Es gilt, praktische und schnell koordinierte Hilfen aus unterschiedlichen und sehr komplexen Rechtsgebieten anzubieten. Wichtig ist eine koordinierte, unkomplizierte und möglichst schnelle Unterstützung von allen Institutionen zu organisieren, wozu auch die Mitwirkung der Ausländerbehörde zählt.

Es ist beabsichtigt, auch im Kreis Mettmann einen solchen „Integrationspoint“ einzurichten. Das entspricht der frühzeitigen Anregung und Empfehlung der Stadt Hilden und baut auf den hier gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen auf.

Verwaltungsseitig ist geplant, in diesem entstehenden Netzwerk eine flankierende Unterstützung zu übernehmen. Durch ehrenamtliche Lotsen könnten die Asylberechtigten zu Terminen der Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung beim Jobcenter und der Agentur für Arbeit begleitet werden. In Zusammenarbeit mit Jobcenter und Agentur für Arbeit könnten Zeugnisunterlagen, Kenntnisse und Fähigkeiten aufgelistet und zusammengestellt werden. Dieser erste Konzeptbaustein ist mit dem Jobcenter erörtert worden und wird von dort aus begrüßt und unterstützt. Er kann ein kleiner, aber wichtiger Bestandteil des „Integrationspoints“ werden. Mit dem Vorstand des Industrievereins Hilden wurde abgestimmt, diesen Entwicklungsprozess zu begleiten und fachlich zu unterstützen. Die Verwaltung wird in Abhängigkeit zur zeitnahen Einrichtung des „Integrationspoints“ in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses zur weiteren Entwicklung berichten.

Abschließend ist allerdings anzumerken, dass „nicht alles“ mit und durch Ehrenamtliche zu bewältigen ist. Gerade die Vermittlung in Arbeit erfordert bei der Gruppe der Asylberechtigten aufgrund der hohen Komplexität der unterschiedlichen Anforderungen und Voraussetzungen eine Professionalität. Selbst die hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jobcenters und der Agentur für Arbeit müssen dafür qualifiziert werden. Die Bündelung der Ressourcen und Zuständigkeiten in einem „Integrationspoint“ des Kreises Mettmann ist der richtige Weg. Die Stadt Hilden wird versuchen, einen wertvollen Baustein auch mit der Mitwirkung von Ehrenamtlichen in das Gesamtkonzept einzubringen.

Gez. Birgit Alkenings